

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Lüdenscheid**

am 07.12.2004

in der Mensa der Adolf-Reichwein-Gesamtschule

Anwesend:

Vorsitz:

Zweiter stellv. Bürgermeister Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsfrau Susanne Czaja	SPD	
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP	
Ratsherr Andreas Hostert	SPD	
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU	für Ratsherrn Oliver Fröhling
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	
Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL	für Ratsherrn Peter Oettinghaus
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU	
Ratsherr Gerhard Schnell	LL	
Herr Martin Buchheister	CDU	
Frau Karin Hertes	SPD	
Herr Ulrich Neuhaus	Grüne	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	für Herrn Björn Weiß

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Winfried Becker	FRL	
Frau Pfarrerin Katharina Behr	FRL	
Herr Gerhard Geisel	FRL	
Herr Jürgen Kordt	FRL	
Herr Clemens Laumann	FRL	bis 17.45 Uhr
Herr Michael Lohr	FRL	
Frau Susanne Mewes	FRL	
Frau Annette Schmidt-Kob	FRL	
Herr Peter Wagener	FRL	
Frau Nuran Özdemir	FRL	

Gäste:

Frau Brigitte Bunselmeier-Lohr

Verwaltung:

Herr Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Herr Reinhard Merkschien

Schriftführerin:

Frau Kerstin Kotziers

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
Herr Björn Weiß	CDU

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

1. Bestellung einer Schriftführerin und Stellvertreterinnen

Auf Vorschlag der Verwaltung wird Frau Kotziers zur Schriftführerin bestellt. Als Stellvertreterinnen werden Frau Jakobowsky und Frau Rudolf bestellt.

2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Vorsitzender Ratsherr Voß nimmt die Verpflichtung der Sachkundigen Bürger/innen und der Beratenden Mitglieder vor.

3. Öffentliche Fragestunde

keine

4. Berichtswesen; hier: Erste Erfahrungen mit der Offenen Ganztagsgrundschule (Mündlicher Bericht)

Herr Geisel berichtet über die ersten Erfahrungen mit der Offenen Ganztagsgrundschule an vier städtischen Grundschulen. Herr Geisel weist darauf hin, dass es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig ist, Ergebnisse vorzustellen, gibt aber dennoch einige Erläuterungen zu der guten Zusammenarbeit der Schulen untereinander, zu den unterschiedlichen Organisationsformen (Trägern, siehe unten), den Unterschieden bei der räumlichen Unterbringung innerhalb bzw. außerhalb des Schulgebäudes, dem Tagesablauf inkl. Mittagessen sowie den Nachmittagsangeboten.

Schule	Träger
Grundschule Bierbaum	Verein der Freunde und Förderer der GS Bierbaum e. V.
Grundschule Brügge	Eltern und Förderer der GS Brügge e. V.
Tinsberger Schule	AWO Unterbezirk Hagen – Märkischer Kreis
Wehberger Schule	CVJM Stadtverband e. V.

Herr Geisel weist bei dieser Gelegenheit auch auf die schwierige finanzielle Situation hin, die sich auf die Einstellung von geeignetem Personal auswirkt. Insbesondere stellt sich das Problem bei der Teilnahme von behinderten Kindern an der Offenen Ganztagschule, die eine besondere pädagogische Betreuung benötigen.

Außerdem erläutert Herr Geisel die Ferienproblematik dahingehend, dass es einerseits schwierig ist, trägerübergreifend die Ferienzeiten für den Offenen Ganztags zu organisieren, andererseits aber auch schwierig ist, von den Erziehungsberechtigten verlässliche Auskunft über den entsprechenden Bedarf während der Ferien zu erhalten.

Herr Geisel verdeutlicht, dass das Ziel für die Zukunft die weitere Verbesserung der Qualitätsstandards ist, aber auch, dass eine Mitarbeit aus dem Elternhaus bei der weiteren Betreuung der Kinder im Hausaufgabenbereich etc. unumgänglich notwendig ist.

Anschließend erfolgt die Aussprache, in der alle von den Schulausschussmitgliedern gestellten Fragen direkt beantwortet werden.

5. Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, LL und AfL; hier: Erhebung der Elternbeiträge für die Offene Ganztagsgrundschule

Zunächst erläutert Ratsherr Adam für die CDU-Fraktion die Gründe, warum die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird. Ratsherr Adam geht dabei insbesondere darauf ein, dass in der bisherigen Regelung ebenfalls eine soziale Staffelung enthalten ist und durch die mögliche Änderung der Beiträge davon betroffene Eltern sich andere attraktive Angebote für ihre Kinder suchen. Ratsherr Adam weist auf die Gefahr hin, dass durch die höheren Elternbeiträge für die Horte diese mit ihrer qualitativen Arbeit nicht mehr entsprechend nachgefragt werden. Außerdem steht die Existenz der Trägervereine durch die Kürzung des Regiekostenanteils –resultierend aus der geänderten Erhebung der Elternbeiträge– auf dem Spiel. Letztlich weist Ratsherr Adam auf den erhöhten Verwaltungsaufwand, der sich bei einer später zu erwartenden Ausweitung der Offenen Ganztagschulen in beträchtlicher Höhe ergeben würde, hin. Diese Mittel sollten seiner Ansicht nach für bessere Qualität in den Offenen Ganztagschulen genutzt werden.

Ratsherr Breucker und Ratsherr Hostert widersprechen Ratsherrn Adam dahingehend, dass der von ihm angesprochene erhöhte Verwaltungsaufwand nicht nachzuvollziehen ist, da dieses Verfahren in der Kindergartenbeitragsstelle schon lange so angewandt wird. Außerdem besteht ihrer Meinung nach nicht die Gefahr, dass eine Konkurrenzsituation zwischen Horten und Offenen Ganztagschulen entsteht, da die Horte sowieso 2007 aufgelöst werden sollen und es nicht zu vermuten ist, dass die Eltern die Kinder aufgrund höherer Elternbeiträge für die Horte sofort dort abmelden.

Ratsherr Schnell teilt die Befürchtungen von Ratsherrn Adam ebenfalls nicht und verweist auf den Zusatzantrag der Lüdenscheider Liste vom 06.12.2004 zum gemeinsamen Antrag der SPD, LL, Bündnis 90/Die Grünen und AFL, den er vor der Sitzung verteilt hat.

Es schließt sich eine rege Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Beitragsveränderung zum jetzigen Zeitpunkt an.

Frau Mewes wundert sich, dass diese Entscheidung über die Köpfe der Eltern hinweg getroffen werden soll, zumal dem Stadtelternrat keine Beschwerden über die Höhe der Elternbeiträge bekannt sind.

Herr Beigeordneter Dr. Schröder erläutert, wie das jetzige Beitragsmodell zustande gekommen ist und weist auf die Gefahren einer Veränderung der Elternbeiträge hin. Insbesondere führt er den erhöhten Verwaltungsaufwand und die sich durch die entsprechenden Verzöge-

rungen ergebenden zeitlichen Probleme bezüglich der Antragsfrist für die Investitionsmittel an.

Ratsherr Adam stellt den Antrag zur Tagesordnung, nun über den vorliegenden gemeinsamen Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, LL und AFL abzustimmen. Der Antrag von Ratsherrn Adam wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Ratsherr Voß bittet um Abstimmung über den vorliegenden gemeinsamen Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, LL und AFL.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

Somit ist der Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Herr Neuhaus stellt den Antrag, den Zusatz der Lüdenscheider Liste vom 06.12.2004 unter Tagesordnungspunkt 9 mit gleichem Wortlaut als Anfrage zu stellen.

Vorsitzender Ratsherr Voß bittet um Abstimmung über den Antrag des Herrn Neuhaus.

Dieser wird einstimmig angenommen.

**6. Michael-Ende-Schule, Schule für Kranke
Vorlage: 288/2004**

Ratsherr Adam beantragt die Abstimmung nach Vorlage.

Da keine Einwände dagegen vorliegen, bittet Vorsitzender Ratsherr Voß um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, den Vertrag über die Raumnutzung der Michael-Ende-Schule, Schule für Kranke, im Gebäude der Kinderklinik mit den Märkischen Kliniken GmbH zu den in der Beschlussvorlage genannten Bedingungen, insbesondere bezüglich einer Nutzungsentschädigung von 5.000 €/Jahr, abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**7. Einsatz von Integrationshelfern im Schulunterricht
hier: Übernahme der Kosten
Vorlage: 284/2004**

Ratsherr Breucker fragt, ob die Verwaltung eine Vorstellung über die finanziellen Auswirkungen hat.

Herr Beigeordneter Dr. Schröder erläutert, dass es sich dabei um einen Erfahrungsmittelwert handelt und bei der Angabe der finanziellen Auswirkungen nur die Fälle berücksichtigt werden konnten, die der Verwaltung seitens der Schulaufsicht bekannt sind.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Vorsitzender Ratscherr Voß um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt/Rat beschließt, seitens des Schulträgers die Zustimmung zur Teilnahme am gemeinsamen Unterricht in der Grundschule zu erteilen auch wenn Integrationshelfer notwendig sind und damit Betreuungskosten für den Schulträger anfallen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

8. Offizielle Ausweisung der Schulhöfe der städtischen Schulen nach der Unterrichtszeit als Spiel- und Freizeitflächen Vorlage: 289/2004

Ratscherr Hostert erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese die Stellungnahmen der Grundschulen nachvollziehen und respektieren kann, aber seitens der SPD-Fraktion keine Zustimmung zur Vorgehensweise bei den Schulhöfen der weiterführenden Schulen erteilt werden kann, und stellt einen mündlichen Antrag mit folgendem Wortlaut:

„Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, mit den Leitungsgremien der Hauptschule Wefelshohl, des Zeppelin-Gymnasiums und der Friedensschule Lüdenscheid Verhandlungen bezüglich der offiziellen Ausweisung der Schulhöfe nach der Unterrichtszeit für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren zu führen. Die Verhandlungen sollen mit dem Ziel geführt werden, dass eine Öffnung für zwei der genannten Schulhöfe erreicht wird. Die Öffnung dieser Schulhöfe wird als Versuch über einen Zeitraum von einem Jahr geplant. Begleitende Maßnahmen zum Jugendschutz und zur Jugendhilfe sollen gemeinsam mit dem Jugendamt der Stadt Lüdenscheid entwickelt werden. Der Jugendhilfeausschuss ist an konzeptionellen und organisatorischen Planungen und Absprachen zu beteiligen.“

Ratscherr Adam weist auf die planungsrechtlichen und haftungsrechtlichen Problematiken hin und sagt, dass die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Herr Beigeordneter Dr. Schröder verdeutlicht die Problematik und erklärt, dass die bisherige Duldung weiterhin akzeptiert wird, solange es keine größeren Probleme gibt.

Ratscherr Schnell sagt, dass die Lüdenscheider Liste ebenfalls dem Beschlussvorschlag folgt.

Ratscherr Hostert weist eindringlich auf die problematischen Geschehnisse hin, die auf den Schulhöfen stattfinden, z. B. Konsum von Alkohol und Drogen, Verletzung des Jugendschutzes.

Ratsfrau Oettinghaus stellt den Antrag, dass die Thematik in einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses diskutiert werden soll. Ratsherr Hostert ergänzt, dass in dieser Sitzung ebenfalls ein Sachstandsbericht zur Offenen Ganztagschule auf die Tagesordnung soll.

Vorsitzender Ratsherr Voß bittet um Abstimmung dieses Antrages.

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Anschließend bittet Vorsitzender Ratsherr Voß um Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Schulausschuss stimmt dem Antrag zur offiziellen Ausweisung der Schulhöfe der städtischen Schulen nach der Unterrichtszeit als Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr nicht zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	2

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

keine

9.2. Beantwortung von Anfragen

keine

9.3. Anfragen

9.3.1. Anfrage RH Schnell "Zusatz zum Gemeinsamen Antrag - Elternbeiträge Offene Ganztagsgrundschule"

Ratsherr Schnell formuliert eine Anfrage, deren Wortlaut sich aus dem vorliegenden Zusatz der Lüdenscheider Liste vom 06.12.2004 zum Gemeinsamen Antrag der SPD, LL, Bündnis 90/Die Grünen und AFL ergibt.

Die Beantwortung soll in der nächsten Sitzung des Schulausschusses erfolgen.

9.3.2. Anfrage RH Breucker "Betrieb Lehrschwimmbäder"

Ratsherr Breucker fragt, ob sichergestellt ist, dass die zwei Lehrschwimmbäder für die nächsten Jahre weiterhin für den schulischen Schwimmunterricht geeignet sind. Ratsherr Breucker verweist dabei auf neue EU-Richtlinien. Ratsherr Breucker wird in der Sitzung des Sportausschusses am 15.12.2004 ebenfalls eine Anfrage zu diesem Thema stellen.

Vorsitzender

Schriftführerin